

PRESSEMITTEILUNG

Finanzierung der Pflegeversicherung: Mehrheit für solidarischen Weg

Das zeigt eine Umfrage des Bündnisses für solidarische
Pflegevollversicherung, dem der DBfK angehört.

Berlin, 23.10.2025

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung von 65 Prozent ist für den Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung für sämtliche pflegerischen Leistungen. Dagegen spricht sich lediglich eine kleine Minderheit von 18 Prozent für eine verpflichtende private Zusatzversicherung aus, die derzeit in der Politik vorrangig diskutiert wird. Das hat eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Bündnisses für eine solidarische Pflegevollversicherung ergeben.

„Eine solidarische Pflegevollversicherung ist ein wirksamer Schutz vor Armut im Pflegefall“, betont Vera Lux, die Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK). „Die bisherigen Vorschläge der Bund-Länder-AG Pflege zielen dagegen eher auf zusätzliche Belastungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Wir halten das für den falschen Weg und appellieren an die Bundesregierung, den Ausbau der Pflegeversicherung anzugehen.“

Das klare Votum der Bevölkerung sollte laut DBfK ein Weckruf sein für die Bund-Länder-AG ‚Zukunftspakt Pflege‘, die im Dezember ihre Ergebnisse präsentieren will: Eine Pflegevollversicherung im ambulanten und stationären Bereich muss bei allen Zukunftsplänen eine zentrale Rolle spielen! Das gesundheitsökonomische Gutachten von Rothgang und Domhoff aus dem Januar 2025 belegt, dass eine Pflegevollversicherung durch die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege langfristig und ohne eine Beitragssatzsteigerung oder private Eigenvorsorge finanziert werden kann.

Derzeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr ihres Aufenthalts in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 3.100 Euro pro Monat selbst aufbringen. Davon entfallen allein auf die pflegerische Versorgung rund 1.600 Euro, der Rest setzt sich zusammen aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Mehr als ein Drittel aller Pflegebedürftigen in Heimen ist

BundesverbandAlt-Moabit 91
10559 BerlinAnsprechpartnerin:
Katharina von CroyT +49 30 219 157 - 0
F +49 30 219 157 - 77dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).

auf Sozialhilfe angewiesen, Tendenz steigend. In der ambulanten Pflege wird notwendige Pflege oft nicht in Anspruch genommen. Es kommt bereits heute zu einer stillen Rationierung, weil Betroffene sich die Kosten nicht leisten können. Pflegebedürftige sind besonders stark von Armut bedroht, denn sie können mit ihren durchschnittlichen Alterseinkünften diese finanzielle Belastung nicht schultern.

„Wir stehen am Anfang einer sich weiter verschärfenden Pflegekrise“, so Vera Lux weiter. „In der solidarischen Pflegevollversicherung sehen wir eine gangbare Lösung mit einer fairen Lastenverteilung. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Bevölkerung hat das begriffen, wie das Umfrageergebnis zeigt. Höchste Zeit, dass die Politik ihr folgt.“

In Auftrag gegeben wurde die Umfrage vom [Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung](#), dem die folgenden Organisationen angehören:

- Paritätischer Gesamtverband
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK)
- Sozialverband Deutschland (SoVD)
- Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB)
- Deutscher Frauenrat
- BIVA-Pflegeschatzbund
- Arbeiter-Samariter-Bund
- Volkssolidarität
- Arbeiterwohlfahrt AWO
- IG Metall

Rothgang, H. & Domhoff, D. (2025). [Beitragssatzeffekte einer Pflegebürgervollversicherung](#). Universität Bremen. Abgerufen am 20. Oktober 2025